

Mit Hurra in Richtung Abgrund ?

Madame Lagarde und die EZB ignorieren weiterhin die
Inflationsdynamik

von Markus C. Kerber¹

Das Europäische Statistikausschuss hatte mit seiner Inflationsprognose bis zum 2. Februar des Jahres gewartet, wohl wissend, dass am 3. Februar eine EZB-Ratssitzung zu geldpolitischen Themen stattfinden würde. Die Brüsseler Statistiker attestierten der Euro-Zone eine nie dagewesene Inflationsrate von 5,1 % im Januar, also sogar noch eine Erhöhung im Vergleich zu dem Dezember-Wert von 5 %. Da es eine Euro-Zonen-weite Inflation als solche gar nicht gibt, sondern nur ein Durchschnittswert der nationalen Inflationen existiert, ist es wertvoll, einen Blick auf diesen Teil der Statistik zu werfen. Hierin bewegt sich Deutschland im Januar 2022 im Mittelfeld (also 5,1 %). Währenddessen gibt es Länder, die bei den Inflationsraten absolute Ausreißer darstellen (Estland mit 11,7 %, Spanien mit 6,1 %, Lettland mit 7,7 % und die Niederlande mit 7,6 % sowie die Slowakei mit 8,5 %). Doch trotz dieser eindeutigen Diagnose und der Prognose anhaltender Inflation wusste die EZB in ihrer Ratssitzung am Folgetag zu den Eurostat-Veröffentlichungen keinen anderen Rat, als die Hände zum Himmel zu recken, um zu beten, dass es besser würde, und die Bevölkerung sowie die Fachöffentlichkeit damit zu vertrösten, dass diese Preissteigerungen nur vorübergehender Natur sein werden. Immerhin musste Lagarde in der Pressekonferenz einräumen, dass die gegenwärtigen Preissteigerungen noch höher ausgefallen seien, als man erwartet habe und damit alle EZB-Prognosen übertroffen wurden. Indes war sie weder bereit, die Inadäquatheit der eigenen Prognosen einzuräumen oder zumindest die eigenen Prognosen zu korrigieren. Sie bleibt bei dem Glauben an die Richtigkeit ihrer Inflationspolitik und will erst dann die Zinsen anheben, wenn sie der Meinung ist, dass sich das Inflationsniveau dauerhaft auf 2 % eingependelt habe. Angesichts von Inflationsraten von gegenwärtig über 5 % ist diese Ratio schlechthin nicht nachvollziehbar. Auch der gutgläubigste Beobachter fragt sich, woher die EZB die Chuzpe nimmt, der Bevölkerung und den EZB-Beobachtern einzureden, das Inflationsphänomen würde sich von

¹ Dr. jur., Professor für öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin, Gründer von www.europolis-online.org

EuropolIS

selbst auflösen; es handele sich schließlich nur um die Auswirkungen der Lieferkettenprobleme sowie der Energiepreiserhöhungen.

Vor dem Bundesverfassungsgericht läuft ein Verfahren zu den anhaltenden Anleihenkäufen, die angeblich nichts weiter bewirken sollen, als die Inflation auf das Niveau von 2 % dauerhaft zu bringen. Die EZB-Präsidentin meint somit weiterhin, willkürlich festsetzen zu können, wann der Punkt gekommen ist, an dem sie das stabilitätspolitische Mandat der Preisstabilität ernst nehmen muss und das einzig probate Mittel gegen die Inflationsdynamik - also Zinssteigerungen - beschließen wird.

Es könnte sein, dass dieses Mal vor dem Bundesverfassungsgericht im Rahmen des anhängigen Verfahrens zum Pandemie-Anleiheaufkaufprogramm (PEPP) der Willkür der Europäischen Zentralbank die Grenzen gezeigt werden. Die Kläger - unter Leitung des ehemaligen Professors für Bankbetriebswirtschaftslehre an der Universität Hohenheim, Professor Dr. Johann Heinrich von Stein - haben dem Zweiten Senat ein umfangreiches Gutachten von Professor Bruno Schönfelder zugesandt, in dem Schönfelder argumentiert, dass die EZB aus Rücksichtnahme auf das fiskalisch erforderliche Zinsniveau der Hochschuldenländer gar nicht anders könne, als ihre inflationstreibende Politik fortzusetzen.

Werden die Karlsruher Richter letztendlich diese Botschaft eines Makroökonom, der sich nicht im Mainstream der EZB bewegt, verstehen? Sollte nicht sehr schnell den Damen und Herren der EZB deutlich gemacht werden, dass sie an Regeln gebunden sind und diese Regeln sie auf eine stabilitätsorientierte Politik verpflichten, könnte sich der beginnende Autoritätsverfall der EZB verstärken. Unter Kaufleuten gilt der Spruch: „Wie wichtig Vertrauen ist, merkt man erst, wenn es weg ist.“ In einer solchen Situation könnte sich die EZB aufgrund der ohnmächtigen Äußerungen einer Blufferin wie Madame Lagarde alsbald befinden. Sie geht auf Zweifel und Hinterfragungen der zahmen Journalisten-Fragesteller kaum ein, sondern ruft ihnen zu: „Hurra, es geht in Richtung Abgrund!“ Soviel Ignoranz hat die Geldpolitik in Europa bislang nicht erlebt.